

Recklinghausen, 2. Februar 2026

Rede zum Haushalt 2026

Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nina Wulbrand, Fraktionsvorsitzende

Sehr geehrter Herr Landrat,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

der Haushaltsentwurf 2026 zeigt sehr deutlich, wie eng die finanziellen Spielräume unseres Kreises inzwischen geworden sind. Die Ausgleichsrücklage ist nahezu aufgebraucht, Risiken für die kommenden Jahre sind absehbar – und ohne strukturelle Veränderungen wird es zunehmend schwieriger, als Kreis handlungsfähig zu bleiben.

Das ist keine Momentaufnahme und auch kein Ergebnis einzelner Entscheidungen. Es ist Ausdruck einer seit Jahren bekannten und politisch zu verantwortenden Unterfinanzierung der kommunalen Ebene.

Kreise, Städte und Gemeinden stehen bundesweit unter massivem Druck. Aufgaben nehmen zu, rechtliche Anforderungen steigen – finanzielle Spielräume wachsen nicht mit. Gleichzeitig erleben wir Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene, die neue Verpflichtungen schaffen, deren Umsetzung am Ende vor allem vor Ort finanziert werden muss.

Wir sagen klar:

Kommunen können diese Dauerbelastung nicht auffangen – und sie sollten es auch nicht müssen.

Was dabei oft unterschätzt wird: Diese strukturelle Unterfinanzierung ist nicht nur ein haushaltspolitisches Problem. Sie wird zunehmend auch zu einem Klimaproblem. Denn wenn Kommunen nur noch reagieren, nur noch Löcher stopfen und Risiken verwalten, bleibt kaum Raum für vorsorgendes Handeln – sei es beim Klimaschutz, bei der Klimaanpassung oder bei sozialen Investitionen, die langfristig Kosten sparen.

Positiv ist, dass es im Kreistag eine breite Einigkeit auch über dieses Bekenntnis zum Klimaschutz gibt. Diese Einigkeit sollten wir nutzen, um gemeinsam den Druck nach oben zu erhöhen. Die Altschuldenlösung in NRW war ein wichtiger Schritt – aber sie reicht nicht aus. Ohne weitere Entlastungen von Bund und Land bleibt die strukturelle Schieflage bestehen.

Die größte Herausforderung im Haushalt liegt im Sozialbereich. Die Sozialkosten steigen seit Jahren dynamisch, insbesondere auch in der Eingliederungshilfe. Diese Entwicklung belastet den Kreishaushalt erheblich.

Für uns ist dabei völlig klar:

Die Konsolidierung öffentlicher Haushalte darf nicht zulasten der Menschen gehen, die ohnehin auf Unterstützung angewiesen sind. Aller Menschen – egal woher sie kommen.

Gerade in schwierigen Zeiten entscheidet sich, wie belastbar der gesellschaftliche Zusammenhalt ist. Schulbegleitungen bspw. sind kein verzichtbarer Posten, sondern Voraussetzung für Teilhabe und gelingende Inklusion. Erziehungsberatung, psychosoziale Unterstützung und Prävention sind keine freiwilligen Extras, sondern Investitionen in Stabilität – für Familien, für Kinder, für unsere Gesellschaft insgesamt.

Und auch hier gilt: Soziales und Klima gehören zusammen.

Menschen in prekären Lebenslagen sind besonders stark von Klimafolgen betroffen – von Hitze, von Starkregen, von steigenden Energiepreisen. Klimaschutz und Klimaanpassung sind deshalb auch soziale Schutzpolitik. Wer heute in präventive Maßnahmen investiert, verhindert morgen höhere Sozial- und Folgekosten.

Wenn Sozialkosten zum strukturellen Problem werden, dann liegt die Lösung nicht in Kürzungen vor Ort. Die Verantwortung liegt bei Bund und Land. Politisch gewollte Aufgaben müssen dauerhaft verlässlich finanziert werden.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für richtig, die Kreisumlage für die kreisangehörigen Städte stabil zu halten. Viele Städte stehen selbst unter enormem finanziellem Druck. Zusätzliche Belastungen würden ihre Handlungsspielräume weiter einschränken – auch bei dringend notwendigen Investitionen in Klimaschutz, Mobilität oder sozialen Wohnungsbau.

Gleichzeitig müssen wir ehrlich bleiben: Die weiter steigenden Sozialkosten setzen auch diese Stabilität unter Druck. Ob die Kreisumlage langfristig stabil gehalten werden kann, hängt entscheidend davon ab, ob es endlich substanzielle Entlastungen von Bund und Land gibt.

Trotz der angespannten Lage dürfen wir den Blick nach vorne nicht verlieren. Die zehnjährige Investitionsplanung ist dafür ein zentrales Instrument. Dabei geht es nicht nur um Straßen, Gebäude oder IT-Infrastruktur. Es geht um die Frage, wie wir heute investieren, um morgen handlungsfähig zu bleiben.

Investitionen in soziale Infrastruktur, in Bildung, in Beratungsangebote und Teilhabestrukturen zahlen sich langfristig aus – gesellschaftlich und finanziell. Das gilt genauso für Investitionen in Klimaschutz: Jede heute vermiedene Tonne CO₂ reduziert zukünftige Schäden durch Extremwetter, Gesundheitsbelastungen und Infrastrukturkosten.

Gerade der kommunale Klimaschutz bietet enorme Chancen. Energieeffiziente Gebäude, Photovoltaik auf Kreisliegenschaften, klimaneutrale Berufskollegs, nachhaltige Beschaffung – all das senkt langfristig Betriebskosten und macht uns unabhängiger von Energiepreisschwankungen.

Ein weiteres zentrales Handlungsfeld ist die nachhaltige Mobilität im Kreis. Ein gut ausgebauter, bezahlbarer und verlässlicher öffentlicher Nahverkehr ist Klimaschutz, Sozialpolitik und Standortfaktor zugleich. Wer kein Auto hat oder sich keines leisten kann, braucht echte Alternativen – gerade auch in den Randzeiten und in weniger dicht besiedelten Bereichen.

Der Ausbau des Radverkehrs, sichere und barrierefreie Wege, eine bessere Vernetzung der Städte im Kreis und die Weiterentwicklung emissionsfreier Busflotten sind keine Luxusprojekte. Sie verbessern die Lebensqualität, senken Emissionen und entlasten langfristig die Haushalte.

Auch der soziale Wohnungsbau ist ein Schlüsselthema. Bezahlbares, energieeffizientes Wohnen schützt nicht nur vor steigenden Mieten, sondern auch vor steigenden Energiekosten. Klimagerechtes Bauen und Sanieren ist daher immer auch Armutsprävention und sollte vom Kreis gefördert und gefordert werden.

Hinzu kommt die Klimaanpassung. Hitzeaktionspläne, grüne Quartiere, Schwammstadt-Konzepte und klimaresiliente Infrastruktur sind Bevölkerungsschutz – besonders für ältere Menschen, Kinder und gesundheitlich vorbelastete Personen.

Wenn wir über das Thema Digitalisierung sprechen, geht es nicht nur um Effizienz, sondern auch um Verantwortung. Gerade auf kommunaler Ebene stellt sich zunehmend die Frage der digitalen Souveränität.

Im Kreis ist eine mögliche Cloud-Umstellung ein konkretes Thema. Dabei müssen wir darauf achten, uns nicht in neue Abhängigkeiten von einzelnen großen Anbietern wie Microsoft, Google oder Amazon Web Services zu begeben. Öffentliche Verwaltung muss langfristig handlungsfähig bleiben – auch technologisch.

Gleichzeitig ist Pragmatismus notwendig. Nicht jede Lösung kann kurzfristig vollständig unabhängig sein. Entscheidend ist, dass wir bewusst steuern, welche Systeme wir nutzen, wo offene Standards möglich sind und wie wir schrittweise mehr eigene Kontrolle und Gestaltungsspielräume sichern.

Ein zweiter zentraler Punkt ist die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Hier braucht es deutlich mehr Tempo. Digitale Verwaltungsleistungen sind kein Selbstzweck. Sie erleichtern interne Abläufe, entlasten Mitarbeitende und sparen langfristig Zeit und Ressourcen. Vor allem aber ermöglichen sie zeitgemäße, bürgernahe Prozesse – vom Beantragen eines Führerscheines bis zu vielen weiteren Dienstleistungen, die heute noch unnötig kompliziert sind.

Eine funktionierende digitale Verwaltung ist Teil moderner Daseinsvorsorge. Sie stärkt Vertrauen, erhöht Transparenz und macht den Staat im Alltag erlebbar handlungsfähig.

Wichtig ist: Digitalisierung muss zugänglich bleiben. Es darf keinen Digitalzwang geben. Digitale Angebote müssen ergänzen, nicht ausschließen.

Meine Damen und Herren,

dieser Haushalt ist in vielen Teilen verantwortungsvoll aufgestellt. Die Kreisverwaltung leistet unter schwierigen Rahmenbedingungen gute Arbeit. Dafür danken wir ausdrücklich dem Landrat, dem Kreisdirektor und allen Mitarbeitenden.

Es bleibt ein grundlegender Zielkonflikt:

Wir brauchen soziale Stabilität, verlässliche öffentliche Strukturen und entschlossenen Klimaschutz – auch und gerade in finanziell schwierigen Zeiten.

Dieser Haushalt geht in vielen Bereichen in die richtige Richtung, ein Punkt bleibt für uns jedoch problematisch: der NewPark.

Wir halten dieses Projekt weiterhin für ein industriepolitisches Vorhaben aus der Vergangenheit – mit hohem Flächenverbrauch und erheblichen ökologischen Risiken. Wertvolle landwirtschaftliche Flächen würden zerstört, obwohl es ausreichend Alternativen auf bereits versiegelten Flächen gibt.

Unsere Haltung ist klar:

Keine Industrialisierung dieser Flächen.

Stattdessen setzen wir auf alternative Konzepte, die erneuerbare Energien, Bürgerbeteiligung und den Erhalt landwirtschaftlicher Nutzung verbinden. Das wäre ein zukunftsfähiger Ansatz, der Klimaschutz und regionale Wertschöpfung zusammenbringt.

Solange der NewPark Bestandteil des Haushalts bleibt, können wir diesem Haushaltsentwurf nicht zustimmen, aufgrund der oben erwähnten, verantwortungsvollen Aufstellung werden wir den Haushalt 2026 aber auch nicht ablehnen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird sich enthalten.

Vielen Dank.